Refugee Radio

www.cosmoradio.de

08.11.17

Grüne: Regierung bemüht sich nicht um Zahlen zum Familiennachzug

Die Grünen werfen der Bundesregierung vor, sich nicht um solide Zahlen über den zu erwartenden Familiennachzug von Flüchtlingen zu bemühen. "Die Bundesregierung kann nicht seriös beantworten, mit wie vielen Personen sie im Rahmen des Familiennachzugs für Geflüchtete rechnet", sagte die Grünen-Familienpolitikerin Franziska Brantner der Deutschen Presse-Agentur. Sie bezog sich dabei auf eine Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Grünen. Dort heißt es: "Nachhaltig belegbare Zahlen, wie viele Familienangehörige der Kernfamilie im Schnitt zu einem in Deutschland anerkannten international Schutzberechtigten nachziehen, gibt es nicht."

NRW-Justizminister will Falschangaben von Asylbewerbern bestrafen

Nordrhein-Westfalens Justizminister Peter Biesenbach setzt sich dafür ein, dass Falschangaben von Asylbewerbern etwa über Alter oder Herkunft künftig unter Strafe gestellt werden.
Einen entsprechenden Vorstoß wolle er auf der Justizministerkonferenz am Donnerstag unternehmen, sagte Biesenbach der "Bild"-Zeitung. Man müsse Gefährder wie Anis Amri mit allen rechtsstaatlichen Mitteln unter Kontrolle bringen. Es dürfe nicht straflos sein, die Behörden gezielt darüber zu belügen, wer man ist oder woher man kommt

---

Polizeigewerkschafter: Clans drängen in Berlin in öffentlichen Dienst

Arabische Großfamilien versuchen nach Darstellung der Deutschen Polizeigewerkschaft, in Berlin gezielt Angehörige in den öffentlichen Dienst einzuschleusen. Es gebe "deutliche Hinweise" auf einen solchen strategischen Ansatz, sagte der Landesvorsitzende der Gewerkschaft, Bodo Pfalzgraf, am Mittwoch im ZDF-"Morgenmagazin". Dazu versuchten sie, "bestimmte Familienangehörige von Straftaten frei zu halten", um sie dann im öffentlichen Dienst unterbringen zu können. "Die haben natürlich ein ganz vitales Interesse daran, genau zu wissen, wo und wie Staat funktioniert, wie Polizei tickt, wann Durchsuchungen stattfinden." Hier müsse man genau aufpassen. Andererseits dürfe aber auch niemand nur wegen seines Namens von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen werden.

Jeder Fünfte ist von Armut bedroht

Im vergangenen Jahr war in Deutschland jeder Fünfte von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Das sind nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden rund 16 Millionen Menschen, oder fast 20 Prozent der Bevölkerung. Dieser Wert ist seit Jahren nahezu unverändert und liegt unter dem Schnitt in der Europäischen Union. In der gesamten EU betrug der Anteil armer oder sozial ausgegrenzter Menschen im vergangenen Jahr 23,5 Prozent. Eine Person gilt als von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, wenn ihr Einkommen besonders gering ist oder sie zum Beispiel im Haushalt auf wichtige Dinge wie eine Waschmaschine oder ein Telefon verzichten müssen.

UN: 5.000 Menschen in diesem Jahr auf der Flucht gestorben

Fast 5.000 Menschen sind laut den UN in diesem Jahr bei der Migration in andere Länder gestorben. Sie seien ertrunken, verhungert, verdurstet oder gewaltsam ums Leben gekommen, teilte die Internationale Organisation für Migration (IOM) am Dienstag in Genf mit. Dabei starben mehr als 2.920 von ihnen bei der Überquerung des Mittelmeers Richtung Europa. Zumeist seien die Flüchtlinge und Migranten in an der nordafrikanischen Küste an Bord gegangen. Weitere knapp 470 Migranten starben laut IOM in Nordafrika, vor allem in der Sahara. In Afrika südlich der Sahara kamen über 380 Menschen während ihrer Flucht um, während an der Grenze Mexikos zu den USA rund 320 Menschen starben.

Beck warnt vor Anerkennung von Islamverbänden

Der Grünen-Politiker Volker Beck warnt vor einer Anerkennung islamischer Verbände als Religionsgemeinschaften in Deutschland. "Das Gericht muss einer Organisation, die von ausländischen Parteien oder Regierungen gesteuert wird, die Anerkennung als Religionsgemeinschaft versagen", sagte Beck dem "Kölner Stadt-Anzeiger" (Mittwoch). Ansonsten würde einer neuen Generation junger Muslime in Deutschland die Möglichkeit verbaut, eine eigenständige Organisationsform für einen "deutschen Islam" aufzubauen.